



Personen – Fakten - Trends

Australien: Schlussbericht der Missbrauchs-Kommission

Nach fünf Jahren gründlicher Nachforschungen hat die sogenannte „Königliche Kommission“ Ende 2017 ihren Abschlussbericht über die Misshandlung von Kindern und Jugendlichen vorgelegt. Laut Bericht wurden in der Zeit zwischen 1950 und 2015 in Australien Zehntausende von jungen Menschen Opfer sexueller Gewalt. Mindestens 60.000 von ihnen könnten nach wie vor u.a. auch gegenüber Einrichtungen der katholischen Kirche Entschädigungsforderungen stellen.

Durchschnittlich sollen sich im erfassten Zeitraum sieben Prozent der katholischen Priester an Minderjährigen vergangen haben.

Im Krankenhausorden der „Brüder des hl. Johannes von Gott“, so der Bericht, liege die Täterquote unter den Mitgliedern bei 50 Prozent. In den Einrichtungen der Brüder hätten vor allem auch Behinderte zu den Opfern gehört.

Kongo: Hilfe für ehemalige Kindersoldaten

Das Hilfswerk Caritas International hat nach eigenen Angaben seit 2004 in den von Bandenkriegen erschütterten östlichen Regionen der Demokratischen Republik Kongo fast 10.000 ehemalige Kindersoldaten wieder in die Gesellschaft integrieren können. In fünf Caritas-Zentren erhielten die als Soldaten missbrauchten Kinder und Jugendlichen nach Ablieferung ihrer Waffen medizinisch-psychologische Hilfe, teilte das Hilfswerk des Deutschen Caritasverbandes in Freiburg mit.

Zu den REHA-Maßnahmen zählen Trauma-Therapien für die Minderjährigen, Alphabetisierungskurse, Berufsausbildung und vielerorts auch Versöhnungsgespräche mit den Familien und Dorfgemeinschaften der Betroffenen.

Im Ostkongo kämpfen seit nahezu drei Jahrzehnten rund 50 bewaffnete Gruppierungen um Land und Bodenschätze. Morde, Vertreibungen, Geiselnahmen und Vergewaltigungen seien an der Tagesordnung, so Caritas International.

Hongkong: Neue Kritik an der China-Politik des Papstes

In einem offenen Brief an die Katholischen Bischofskonferenzen in aller Welt haben sich zu Beginn dieses Jahres nahezu 1.200 katholische Wissenschaftler, Anwälte und Menschenrechtler aus Hongkong, Großbritannien und den USA der Forderung des emeritierten, ehemaligen Erzbischofs von Hongkong, Kardinal Joseph Zen, angeschlossen, die China-Politik neu zu überdenken und die derzeitigen Verhandlungen mit den kommunistischen Machthabern in Peking bis auf weiteres zu stornieren.

In ihrem Schreiben warnen die Unterzeichner vor irreparablen Schäden, welche durch eine vertragliche Einigung zwischen dem Vatikan und China sowie durch eine damit verbundene eventuelle Anerkennung von sieben sogenannten "patriotischen", d.h. regimehörigen Bischöfen durch den Papst entstehen könnten.

Zwischen dem Vatikan und der Volksrepublik China bestehen seit 1957 keine diplomatischen Beziehungen mehr. Die jetzigen Gespräche zwischen dem Vatikan und Peking begannen vor knapp vier Jahren.

Österreich: Rüffel für Weihbischof Laun

In scharfer Form haben sich sowohl Kardinal Christoph Schönborn von Wien als auch der Salzburger Erzbischof Franz Lackner von Erklärungen des ehemaligen Weihbischofs von Salzburg, Andreas Laun, distanziert, welche dieser im Nachrichtendienst von kath.net zur Diskussion um die „Segnung von Schwulen-Ehen“ abgegeben hatte.

Dort hatte Laun u.a. behauptet, dass eine derartige Segnung genauso skandalös wäre, wie die „Einweihung eines Bordells oder eines KZs“ oder wie die „Segnung von Waffen, welche nicht ausschließlich für die Jagd oder zur legitimen Selbstverteidigung dienen“.

Zur Begründung der „Brüderlichen Zurechtweisung“ sagte Lackner: "Es ist und bleibt unverständlich, wie man systematische Verbrechen gegen die Menschheit in irgendeiner Weise in Zusammenhang mit gleichgeschlechtlichen Lebensformen bringen kann".

Kuba: Priester fordern freie Wahlen

In einem Offenen Brief, welcher auch im vatikanischen Staatssekretariat für Papst Franziskus hinterlegt wurde, haben zu Beginn dieses Jahres die drei kubanischen Priester Castor Alvarez, José Rodrigues und Roque Morales von Staatspräsident Raul Castro „Freie Wahlen für Kuba“ gefordert. Die kubanische Revolution vor sechs Jahrzehnten sei notwendig gewesen, so erklären die Geistlichen. Unannehmbar sei jedoch die Tatsache, dass im Zuge der Institutionalisierung der Kommunistischen Partei als einzige zugelassene politische Kraft jeder politische Diskurs unterdrückt werde.

Der totalitäre Regierungsstil laste auf allen Schichten der Gesellschaft. Die Kubaner trauten sich nicht mehr, ihre Stimme zu erheben. Eingeschüchterte Bürger seien nur noch selten bereit, offen zu sagen, was sie denken und fühlen.

Staatspräsident Raul Castro (86) hat angekündigt, dass er nach Ende seiner Amtszeit nicht mehr kandidieren werde. Die kubanische Nationalversammlung wählt am 19. April 2018 den Staatsrat, der wiederum Castros Nachfolger bestimmen wird. Die offiziell verbotene Opposition wird im kommunistischen Ein-Parteien-Staat voraussichtlich keinen Einfluss auf die Wahlen nehmen können.

Peru: Erneut schwerer Skandal um Sodalitium-Sekte

Während seines Besuches in Peru Anfang dieses Jahres gab Papst Franziskus bekannt, dass die Laienorganisation „Sodalitium Christianae Vitae“ auf seine Anordnung hin unter kommissarische Leitung gestellt worden sei, und dass ein vatikanisches Gericht Luis Fernando Figari, den Gründer des Werkes, wegen schwerer, an Abhängigen verübter Sexualverbrechen sowie auch wegen des durch ihn innerhalb der Organisation praktizierten Psychoterrors verurteilt habe.

Das „Sodalitium“ war 1971

in Peru als Gegenbewegung zur Theologie der Befreiung gegründet worden und gewann innerhalb und außerhalb der katholischen Kirche rasch an Einfluss. 1997 wurde die Laienorganisation unter Johannes Paul II. vom Vatikan als „Familie des gottgeweihten Lebens“ anerkannt.

Figaris Stellvertreter, German Doig, der 2001 plötzlich verstorben war, stand während seiner Zugehörigkeit zu „Sodalitium“ im Ruf eines „vorbildlichen Christen“. Darum wurde schon bald nach seinem Tod in Rom eine Selig- und Heiligsprechungsakte über ihn eröffnet. Kurz bevor er kirchenoffiziell zu den „Ehren der Altäre“ erhoben wurde, stellte sich heraus, dass er ein Doppelleben als Kinderschänder geführt hatte.

Kardinal Woelki: Keine gemeinsame Abendmahlfeier

Zwischen Katholiken und Protestanten fehle die Basis für ein gemeinsames Abendmahl, „hier stimmen die Konfessionen in zentralen Fragen nicht überein.“ Diese Auffassung vertrat der Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki in einem Gespräch mit dem „Kölner Express“. Nach katholischem Verständnis lade Christus nicht nur zu einem gemeinsamen Mahl ein. Vielmehr sei es für Katholiken eine unumstößliche Gewissheit, dass Christus in den verwandelten Gaben von Brot und Wein gegenwärtig sei. Es könne keine gemeinsame Abendmahlfeier geben, solange es diese Unterschiede im Bekenntnis und Verständnis der Eucharistie gebe. Besonders betroffen von dem Verbot sind die schätzungsweise 4,7 Millionen Frauen und Männer, die in sogenannten „Mischehen“ leben, sowie wenigsten genauso viele Kinder und Jugendliche, deren Eltern unterschiedlichen Konfessionen angehören.

Alarmierendes Bevölkerungswachstum in Afrika

Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen UNICEF geht davon aus, dass sich die Bevölkerung Afrikas bis zum Jahr 2050 auf 2,5 Milliarden Menschen verdoppeln wird. Bereits 2030, so der Ende letzten Jahres vorgelegte UNICEF-Bericht „Generation Afrika

2030“, werde es in Afrika 750 Millionen Kinder und Jugendliche geben, rund 170 Millionen mehr als derzeit.

"Wir sind in einer kritischen Phase für die Kinder Afrikas", sagte Leila Pakkala, Unicef-Regionaldirektorin für das östliche und südliche Afrika. Der Kontinent müsse dringend mehr in Bildung und Gesundheitsfürsorge investieren. Wichtig sei zudem die Förderung von Frauenrechten.

Bis zum Jahr 2030 müssten 4,2 Millionen neue Mitarbeiter im Gesundheitssektor sowie 5,8 Millionen neue Lehrer ausgebildet werden, um Mindeststandards einzuhalten. "Gelingt uns das, schaffen wir die Grundlage für eine demografische Dividende, die Hunderte Millionen aus extremer Armut holen und zu Wachstum, Stabilität und Frieden beitragen kann", so Pakkala.

Friedensstifter in der Sahelzone

Das Politmagazin "The Africa Report" zählt den zentralafrikanischen Kardinal Dieudonne Nzapalainga zu den einflussreichsten Persönlichkeiten der sogenannten Sahelzone. In einer Liste der Afrikaner, die das Jahr 2018 maßgeblich beeinflussen werden, lobt die Zeitschrift den Erzbischof von Bangui als Friedensbringer in dem Bürgerkriegsland.

"Nzapalainga erinnert die Regierung regelmäßig an ihre Pflicht, alle Zentralafrikaner zu schützen. Seit Ausbruch des Konflikts im Jahr 2013 nützt er sein Amt, um für Frieden einzutreten", so das Blatt.

Nzapalainga (50) wurde 2012 zum Erzbischof von Bangui ernannt. Seit 2016 ist er der jüngste Kardinal der katholischen Kirche. In der Zentralafrikanischen Republik, die seit dem Sturz von Präsident Francois Bozize 2013 Schauplatz eines religiös motivierten Bürgerkriegs ist, setzt sich Nzapalainga gemeinsam mit muslimischen Glaubensführern für einen Dialog ein, der grenzüberschreitend auch Nachbarländer wie Nigeria, den Tschad und den Sudan mit einbezieht.

Bolivien: Präsident lässt umstrittenes Gesetz fallen

Aufatmen in Boliviens Kirchen: Präsident Evo Morales hat das angekündigte neue Strafgesetz, gegen das in den vergangenen Wochen die Bischöfe, Laienbewegungen und zahlreiche Gewerkschaften und Berufsgruppen im Land protestiert hatten, wieder fallen gelassen. Er habe den Kongress um ein Abrücken von dem Gesetzeswerk in der geplanten Form gebeten, um den „rechtsgerichteten Kreisen im Land nicht Anlass für eine politische Verschwörung“ gegen ihn zu geben, sagte er im Staatsfernsehen. An der Verfassungsänderung, die ihm eine vierte Amtszeit ermöglichen soll, hielt er allerdings fest. Morales ist seit genau 12 Jahren Präsident.

Sieben bis zwölf Jahre Gefängnis hätten laut dem geplanten Gesetz in Bolivien künftig dem gedroht, der selbst oder über beauftragte „Mittelsmänner“ Personen rekrutiert, transportiert, überstellt, ihrer Freiheit beraubt, beherbergt oder empfängt, damit diese an bewaffneten Konflikten oder an religiösen oder kultischen Veranstaltungen teilnehmen", heißt es im Paragraph 88 der nun verhinderten Reform des Regelwerks. Mit Guerilla-Verbänden oder auch mit Menschenhändlern gleichgesetzt worden wären damit nicht nur Akteure von Proselytismus (Glaubensabwerbung), sondern auch religiöse Ordensgemeinschaften und deren Berufungspastoral, oder je nach Auslegung sogar alle traditionellen Pfarreien. Auch zahlreiche weitere Strafverschärfungen waren heftig umstritten und hätten laut Kritiker u.a. die Demonstrations-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit beschnitten.

Hilfswerk Misereor feiert 60. Geburtstag

Das weltgrößte katholische Entwicklungshilfswerk ist Misereor. Es feiert 2018 seinen 60. Geburtstag und bittet aus diesem Anlass „statt Glückwunschkarten um kräftige Spenden“. Misereor wurde 1958 von den deutschen katholischen Bischöfen als Aktion gegen Hunger und Krankheit in der Welt gegründet. Der Name bezieht sich auf das im Markus-Evangelium überlieferte Jesuswort "Misereor super turbam" ("Mich erbarmt des Volkes").

Zusammen mit Partnern in Afrika, Asien, Ozeanien und Lateinamerika will Misereor Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Seit seiner Gründung hat das Hilfswerk laut eigenen Angaben rund 107.000 Projekte mit mehr als 7,2 Milliarden Euro unterstützt.

Pakistan trauert um Asma Jahangir

Eine der bekanntesten pakistanischen Menschenrechtsaktivistinnen ist tot. In der im nordöstlichen Teil Pakistans gelegenen Millionentadt Lahore starb Asma Jahangir (66) nach einem Herzstillstand.

Jahangir, selbst Muslimin, wurde in ihrer Heimat immer wieder „anti-islamischer Umtriebe“ beschuldigt und galt insbesondere während der Militärdiktatur von General Muhammad Zia-ul-Haq als „Staatsfeind Nr. 1“.

Katholischerseits haben die Bischofskonferenz des Landes sowie Vertreter mehrerer caritativer Einrichtungen ihr „tiefempfundenes Beileid“ gegenüber der Familie der Verstorbenen ausgesprochen. Jahangir sei eine Freundin und sehr oft auch eine „Helferin in höchster Not“ gewesen. Erinnerung wurde in den Kondolenzschreiben an den Einsatz der Aktivistin gegen das von der Regierung besonders gegen Christen angewandte „Blasphemie-Gesetz“ und an die von der Anwältin landesweit angeführte Kampagne für das Recht pakistanischer Frauen, ihre Ehepartner frei wählen zu dürfen.

Kardinal Müller warnt vor Kirche als NGO

Bei einem Vortrag in der slowakischen Hauptstadt Bratislava bedauerte Kardinal Gerhard Müller die Trennung von Dogmatik und Morallehre. Er sprach von einer servilen „Umwandlung der Kirche in eine NGO“ mit dem Ziel der Verbesserung innerweltlicher Lebensbedingungen. Dabei handle es sich allerdings um eine „suizidale Modernisierung“, mit der man die Menschen um die Wahrheit Gottes betrüge. Das Christentum, so der Dogmatiker, müsse als theozentrischer Humanismus verstanden werden.

Müller äußerte sich anlässlich der Würdigung der vor 25 Jahren veröffentlichten Enzyklika „Veritatis splendor“ (VS) von Papst Johannes Paul II. durch die Slowakische Bischofskonferenz und die Comenius-Universität in Bratislava.

Bezüglich der Ehe- und Familien-Enzyklika „Amoris laetitia“ von Papst Franziskus sagte der frühere Präfekt der Glaubenskongregation, dass er über die unterschiedlichen Interpretationen durch einige Bischofskonferenzen keineswegs glücklich sei. In dogmatischen Fragen könne es keine Pluralität geben, weil es nur ein Lehramt gebe. Bischofskonferenzen könnten nur pastorale Fragen beantworten.

Bischöfe Südafrikas begrüßen Rücktritt Zumas

Die Katholische Bischofskonferenz Südafrikas brachte in einer Öffentlichen Erklärung ihre Zufriedenheit über den am 14. Februar 2018 erfolgten Amtsverzicht von Präsident Jacob Zuma zum Ausdruck. Während seiner Präsidentschaft habe der Vorsitzende der Regierungspartei, des African National Congress (ANC), so die Bischöfe, nicht nur dem Ansehen des ANC, sondern auch der jungen Republik durch seine Korruptionsgeschäfte immensen Schaden zugefügt.

Zuma war seit 2007 Vorsitzender des ANC und seit 2009 Präsident der Republik Südafrika. Der Ältestenrat des ANC, welcher Zuma ebenfalls wiederholt zum Rücktritt aufgefordert hatte, ließ mitteilen, dass der Ex-Präsidenten durch seine skandalöse Amtsführung das neue Südafrika verraten habe, von welchem Nelson Mandela solange geträumt und welches er schließlich 1994 in die Unabhängigkeit geführt hatte.

Schaden hätten insbesondere „die Ärmsten der Armen“ genommen.

Als neuer Präsident wurde der bisherige Vize, Cyril Ramaphosa, vereidigt. Er wird das Amt bis zu den allgemeinen Wahlen im nächsten Jahr inne haben.

Die Bischöfe appellierten in ihrem Statement an die politischen Führer Südafrikas, sich künftig wieder ausschließlich dem Wohl und dem Fortschritt Südafrikas und seiner Bürger zu widmen. Der Staat sei kein „Selbstbedienungsladen“.

Gnade für „Donum Vitae“?

In einem Brief an das Präsidium des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken (ZdK) brachte Kardinal Reinhard Marx, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, seine Hoffnung zum Ausdruck, dass Frauen und Männer, die in der Schwangerenkonfliktberatung von „Donum Vitae“ tätig sind, schon in naher Zukunft ohne arbeitsrechtliche Probleme auch in Einrichtungen kirchlicher Beratungsdienste übernommen werden können. Marx unterstrich, dass „Donum Vitae“ während der vergangenen 19 Jahre Zigtausende von Menschenleben in seinen Beratungsstellen retten half, weil dort schwangere Frauen in langwierigen Gesprächen überzeugt worden seien, ihre Schwangerschaft zu einem glücklichen Ende zu bringen.

Sowohl Kardinal Rainer Maria Woelki aus Köln als auch Bischof Rudolf Voderholzer aus Regensburg lehnten ein Entgegenkommen ab.

Eine Sprecherin von „Donum vitae“ bedauerte, dass innerhalb der Deutschen Bischofskonferenz vorerst noch kein Konsens für eine „Politik der ausgestreckten Hand“ gefunden werden konnte.

Studie über Gründe für Kirchenaustritt

Nach einer im Auftrag des Bistums Essen durchgeführten Studie zählen zu den am häufigsten genannten Austrittsgründen das Frauenbild der Kirche sowie ihre Haltung zu Homosexualität, zur Frage der wiederverheirateten Geschiedenen und zum Zölibat. Jeder zehnte Befragte nannte die Missbrauchsfälle oder die 2013 bekannt gewordene Finanzaffäre um das Bischofshaus in Limburg als Motiv. Für viele Kirchenmitglieder seien Erfahrungen bei besonderen Gottesdiensten wie Taufen, Trauungen oder Beerdigungen ein wichtiges Kriterium. Wenn etwa eine Erstkommunionfeier durch schwerwiegende Enttäuschungen getrübt werde, sei oft ein Austritt die Folge.

Iran: Hohe Auszeichnung für „Plattitüden“

Unter dem Titel „Ärgerliche Plattitüden“ hatte „imprimatur“ in der Ausgabe 2/2017 das Buch von Klaus von Stosch „Herausforderung Islam. Christliche Annäherungen“ (Verlag Ferdinand Schöning: Paderborn 2016) besprochen und war zu dem Schluss gekommen, dass das Buch – wissenschaftlich gesehen – wertlos ist. Die Begründung des Rezensenten: „Alles wird mit einem Wortschwall bedacht, mit Überzeichnungen, mit Bezügen zu legendarischen Sachverhalten, die affirmiert, aber bei Bedarf – wo es schwierig wird – mit historisch-kritischen Argumenten bestritten werden.“

Jetzt hat die Islamische Republik Iran das Werk zum „Buch des Jahres“ erklärt und dem Autor einen mit 8.200 Euro dotierten Preis verliehen.